

Landesregierung bläst zur Jagd

Um der afrikanischen Schweinepest vorzubeugen, soll in NRW der Bestand an Wildschweinen drastisch reduziert werden. Umweltschützer sehen darin einen unwirksamen und kontraproduktiven Aktionismus

VON JOACHIM ZINSEN

Düsseldorf/Aachen. Weil in Polen und Tschechien die Afrikanische Schweinepest ausgebrochen ist, will die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Wildschweinbestände drastisch reduzieren. Um die Tiere landesweit deutlich intensiver bejagen zu können, hat das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium in Düsseldorf mit sofortiger Wirkung die Schonzeit für die Schwarzkittel aufgehoben. Ausgenommen von der Regelung sind lediglich Muttertiere und Frischlinge unter 25 Kilo. Der Bund für Naturschutz und Umwelt (BUND) kritisiert diese Maßnahme.

„Wir wollen verhindern, dass die Krankheit auch in NRW ausbricht“, betonte gestern Peter Schütz, Sprecher des Ministeriums, gegenüber unserer Zeitung. Das artspezifische Virus sei zwar keine Gefahr für den Menschen. Aber es bedrohe die stark auf den Fleischexport orientierte Schweinemastindustrie im Norden Nordrhein-Westfalens und im Süden Niedersach-

sens. Wenn die Krankheit dort auf-trete, könne das zu Milliardenverlusten führen. Vor allem die wichtigen Märkte in Ostasien würden schnell mit einem Importverbot auf den Ausbruch der Schweinepest reagieren.

Dabei räumt Schütz ein, Wildschweine seien nicht der primäre Überträger der Krankheit. „Die Wahrscheinlichkeit, dass sie auf direktem Weg das Virus einschleppen, ist eher gering“, so der Sprecher des Ministeriums von Christina Schulze Föcking (CDU), deren Ehemann im Münsterland einen Schweinemastbetrieb verwaltet. Deutlich höher sei die Gefahr durch Menschen. Beispielsweise indem diese Nahrungsmittel wegwerfen, die mit dem Virus kontaminierte Fleischreste enthalten. Oder indem Jagdtouristen an Kleidung oder Ausrüstungsgegenständen Krankheitserreger nach Deutschland bringen. Trotzdem sei die

verstärkte Jagd auf das Schwarzwild angezeigt. Denn wenn das Virus einmal freigesetzt sei, würden Wildschweine ihn regional sehr schnell verbreiten und möglicherweise auch auf Hausschweine übertragen. „Mit jedem geschossenen Wildschwein sinkt die Ansteckungsgefahr“, so Schütz.

39 000 erlegte Tiere

Schätzungen über die Höhe der Wildschweinpopulation in NRW wollte der Ministeriumssprecher nicht machen. Er betonte jedoch, dass in der Jagdsaison 2016/17 rund 39 000 Tiere erlegt worden seien, sich ihre Zahl aber trotzdem deutlich erhöht habe. Gleichzeitig verwies er auf Empfehlungen des Bundes, den derzeitigen Bestand um 70 Prozent zu reduzieren.

Deutlicher Widerspruch kam gestern von Seiten des BUND. Deren NRW-Vorsitzender Holger Sticht bezeichnete die Maßnahmen als „völlig unwirksamen und kontraproduktiven Aktionismus“. Schon heute sei die Jagd auf Wildschweine sehr intensiv. Dabei habe man die Beobachtung gemacht, dass die Tierbestände auf eine stärkere Bejagung mit einer

höheren Vermehrungsrate ren würden. „Wenn beispielweise eine Leitbache aus einer Region geschossen wird, ist es häufiger, dass im kommenden Jahr die mehr Bachen aus dem Felderverband Nachwuchs bekommen. Die betonte Sticht gegenüber unserer Zeitung. Dass der Wildschweinbestand in NRW generell zu hoch verneinte der Umweltschützer. „Mitte des 20. Jahrhunderts wurden die Tiere in unserem Land fast ausgerottet. In den vergangenen Jahrzehnten sind sie lediglich ihre alten Lebensräume zurückkehrt.“

Statt auf die drohende Schweinepest mit einer höheren Schussrate zu reagieren, soll die Landesregierung stärker die Jagdaktion klären. „Ihr müsst die Gefahren vom Jagdtourismus vom Wegwerfen von Lebensmitteln abgrenzen“, betonte Sticht.



Jäger und Gejagte: Auch in Nordrhein-Westfalen rücken Wildschweine zunehmend ins Visier. Fotos: dpa